

zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

lunapark²¹



Letzte Warnung Fukushima
Profitmaximierung + Wachstumszwang
= Selbstzerstörung

5,50 EURO // HEFT 14 ▶ SOMMER 2011

4 19777 318055 08

14

Pflege am Krückstock

Personalnot in Krankenhäusern gefährdet Menschenleben und Gesundheit der Beschäftigten

18

Daniel Behruzi

Die Rotstiftpolitik in den Krankenhäusern ist lebensgefährlich. Das hat die Gewerkschaft ver.di kürzlich in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf gegen Krankenhausinfektionen erklärt. Und sie hat Recht: Statt gesund zu werden infizieren sich jährlich 500 000 bis 800 000 Patienten in deutschen Kliniken mit neuen Krankheitserregern. Rund ein Drittel davon wird als vermeidbar eingestuft. Eine Ursache ist der eklatante Personalmangel, den ver.di als „Sicherheitsrisiko Nummer eins“ bezeichnet. Das gilt auch für die Pflegenden, die durch ihre Arbeit selbst immer häufiger krank werden.

„Wie gravierende die Situation ist, zeigt sich beispielsweise an den Überlastungsanzeigen“, sagt Jörg Krauß. Der Intensivkrankenpfleger ist im Personalrat des Essener Uniklinikums für die Pflegeberufe zuständig. „Da gibt es Fälle, in denen die Kollegen offen angeben, dass sie zum Beispiel Medikamente nicht mehr zeitgerecht geben können. Andere erklären, dass sie wegen Personalmangels keine Zeit haben, Patienten oft genug umzulagern.“ Werden bettlägerige, ältere Kranke nicht immer wieder

anders hingelegt, sind Wunden und Geschwüre die Folge. Im Nachtdienst sei oftmals nur eine Pflegekraft für eine ganze Station und bis zu 30 Patienten zuständig, berichtet Krauß. „Das hat es so früher nicht gegeben – das geht über die Schmerzgrenze.“ Grenzenlos scheint auch die von Krankenschwestern erwartete Flexibilität. Regelmäßig werden sie zu Hause angerufen und zum Dienst beordert. „Manche sind dadurch bis zu 26 Tage im Monat hier im Haus“, sagt Personalrat Krauß. Viele hätten ein schlechtes Gewissen, wenn sie kurzfristige Arbeitseinsätze ablehnten: „Sie wollen ihre Kollegen nicht hängen lassen und machen das deshalb mit.“

Dabei ist schon der normale Schichtdienst gesundheitsgefährdend. Nachtarbeit, die Krankenhausbeschäftigte naturgemäß regelmäßig leisten, ist laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) „wahrscheinlich krebserregend“. In jedem Fall sind Schichtarbeiter anfälliger für Krankheiten. Von der Schwierigkeit, bei ständig wechselnden Arbeitseinsätzen das Leben zu planen und soziale Kontakte zu pflegen, ganz zu schweigen. Die Pflegenden werden denn auch selbst

immer häufiger krank. „Anders als in anderen Branchen haben die Ausfallzeiten wegen Krankheit bei uns spürbar zugenommen“, erklärt Krauß. Insbesondere psychische Erkrankungen wie das Burn-Out-Syndrom gibt es immer häufiger. Sie machen den in der Pflege „klassischen“ Skeletterkrankungen als Krankheitsursache inzwischen Konkurrenz.

Problem Fallpauschalen

Ein Grund für die Misere ist das System der Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups – DRG), das 2004 unter der SPD-Grünen-Regierung für alle Kliniken verpflichtend eingeführt wurde. Seither erhalten die Krankenhäuser von den Kassen nicht mehr die tatsächlich anfallenden Kosten einer Behandlung, sondern für einzelne Fälle festgeschriebene Pauschalen. Eine Folge ist, dass die Klinikleitungen ein finanzielles Interesse daran haben, möglichst viele Fälle in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. „Immer mehr Patienten werden in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Pflegepersonal behandelt“, stellt Krauß fest. „Die Krankheitsbilder werden komplexer, die Betreuungsintensität steigt.“ Zahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) untermauern diese Aussagen. Demnach hat die Zahl der Fälle im vergangenen Jahrzehnt von 17,1 Millionen (1990) auf 17,8 Millionen (2008) zugenommen. Zugleich hat sich die Verweildauer von durchschnittlich 9,9 auf acht Tage reduziert. Sogenannte Fallmanager sorgen in den Kliniken dafür, dass Patienten möglichst schnell „durchgeschleust“ werden.

Während „Häuser der Maximalversorgung“ wie die Unikliniken jeden Kranken aufnehmen müssen, betreiben private Krankenhäuser Rosinenpickerei: Sie spezialisieren sich auf besonders lukrative Fälle, bei denen keine Komplikationen und damit geringe Kosten zu erwarten sind. Das bringt fette Profite. So konnte die Rhön-Klinikum AG ihre Umsätze und Gewinne im vergangenen Jahr erneut um jeweils rund zehn Prozent steigern. Die Aktionäre durften sich um eine von 30 auf 37 Cent erhöhte Dividende freuen. Bei Konkurrent Fresenius legte der

Umsatz um acht Prozent, das Konzernergebnis gar um fast ein Drittel zu. Durch Privatisierungen und die Schließung kommunaler Kliniken wird der Anteil privater Häuser stetig größer. Laut DKG wird mittlerweile fast jedes dritte Krankenhaus von einem Privatunternehmen betrieben. Seit 1999 hat sich die Zahl der in Privatkliniken behandelten Fälle mehr als verdoppelt. Damit ist die Quote privater Krankenhäuser höher als in den USA.

Und dieser Trend wird angesichts leerer städtischer Kassen wohl anhalten. So mancher Kämmerer dürfte versucht sein, die Haushaltsbilanz durch Privatisierung kurzfristig aufzuhübschen. Oder das kommunale Krankenhaus gleich ganz zu schließen. So rechnet das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) damit, dass in den kommenden Jahren zehn Prozent der bundesweit rund 2000 Kliniken dicht machen werden. Auch Gewerkschafter geben zu, dass nicht alle bestehenden Krankenhäuser in Betrieb bleiben müssen. Die Crux ist aber, dass die Entscheidung über Schließung oder Erhalt allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien erfolgt, nicht nach den Erfordernissen einer flächendeckenden Versorgung.

Ver.di-Kampagne

„So geht es nicht weiter,“ heißt es in den Krankenhäusern allenthalben. Angesichts der miserablen Arbeitsbedingungen und der schlechten Bezahlung suchen sich viele Pfleger einen anderen Job. Zum Teil haben die Häuser bereits große Probleme, überhaupt Bewerber für freie Stellen zu finden. Insbesondere für die OPs und in den Intensivstationen herrscht eklatanter Fachkräftemangel. Mit Prämien und Vergünstigungen werben sich die Häuser gegenseitig die Angestellten ab. Das Tarifeinkommen ist in manchen Fällen also schon unter den Marktpreis der Ware Arbeitskraft gefallen. Die Gewerkschaftsspitze – die mit ihrer defensiven Tarifpolitik und diversen Absenkungsverträgen zur „Zukunftssicherung“ Reallohnsenkungen mit zu verantworten hat – ist daran nicht ganz unschuldig.

Nun aber will ver.di den Unmut aufgreifen und für Verbesserungen mobilisieren. Vorbild ist die Kampagne „Der Deckel muss weg“ aus dem Jahr 2008, auf deren Höhepunkt rund 130000 Krankenhausmitarbeiter in Berlin demonstrierten. Immerhin sah sich die Bundesregierung daraufhin dazu gezwungen, ein Pflegeförderprogramm zur Schaffung von 17000 zusätzlichen Pflegestellen aufzulegen. 90 Prozent der Kosten übernimmt der Bund, zehn Prozent übernehmen die Häuser. Wegen der Finanzknappheit ist selbst das von manchen Kliniken nicht in Anspruch genommen worden. Vor allem aber läuft das Programm Ende 2011 aus. Dann müssen die Krankenhäuser die Arbeitsplätze selbst finanzieren. „Auch wenn wir das noch nicht durch Zahlen belegen können: Wir haben das Gefühl, dass die Stellen äußerst zögerlich nachbesetzt werden,“ berichtet Krauß. Hinzu kommt, dass die Kommunen ihrer Pflicht zur Finanzierung von Baumaßnahmen in den öffentlichen Krankenhäusern vielfach nicht nachkommen. Die Folge ist, dass Geld dafür aus den Pflegebudgets zweckentfremdet wird. Allein in Baden-Württemberg können dadurch laut ver.di rund 5600 Stellen nicht besetzt werden.

Bei Appellen zur auskömmlichen Krankenhausfinanzierung will man es indes nicht belassen. In der Gewerkschaft wird diskutiert, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Thema von Tarifverhandlungen zu machen – außerhalb der Lohnrunden. In diesem Fall könnte die Gewerkschaft auch zu Streiks aufrufen, um beispielsweise Regelungen zur Mindestbesetzung von Stationen durchzusetzen. Die Kampagne soll zudem trägerübergreifend, also in kommunalen, privaten und kirchlichen Häusern geführt werden. Über konkrete Forderungen und Aktionen soll eine bundesweite Aktivenkonferenz am 28. Juni in Kassel entscheiden.

Infos zur ver.di-Kampagne:
<http://der-druck-muss-raus.de/>

Daniel Behruzi ist Mitglied der Lunapark 21-Redaktion, verantwortlich für das Ressort Soziales & Gegenwehr.

express



Ausgabe 3-4/11 u.a.:

Bernd Oliver Sünderhauf:
 »Verfassungsfeind trifft Verfassungsfrunde«, Grundgesetz auf dem Prüfstand

Bankenstudie der IHS:
 »Zieldiktat führt zu Zielkonflikt – »Sie müssen nicht verstehen, nur verkaufen«

Hugo Claus: »Reallohne gesichert«, zur Tarifeinigung im ÖD der Länder

Kirsten Huckenbeck:
 »Selbstorganisation«, Begriff, Konzepte, Erfahrungen – ein deutsch-chinesischer Austausch

Ich möchte Probelesen und bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 € (gg. Vkl.)

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Anzeigen

19



Gegen Integration, Hassismus und Leitkultur schreiben: Etienne Bailbar, Mark Terkessidis und Herminio Homenzindere Nicht Vendola.

Außerdem: Zwei Seiten, keine Medaille – Erlebnissee im Integrationssturz, Migrantische Kämpfe in der DSH, Mehrfachdiskriminierung und Homonationalismus.

INFOS UND BESTELLUNG:
www.prager-fruehling-magazin.de